

info - aktuell

Vorsorgeprinzip anwenden: Europäische Umweltagentur nimmt Stellung zu der Auseinandersetzung über Handystrahlung und Krebsgefahr

Nun nimmt nach der WHO-Entscheidung, dass nichtionisierende Strahlung möglicherweise krebserregend sei, auch die Europäische Umweltagentur (EUA) Stellung zu der dadurch ausgelösten Debatte. In ihrer Erklärung wendet sie sich vor allem an die Entscheidungsträger in der Politik. Welche Position sollen sie angesichts der kontroversen Debatte einnehmen?

Die EUA ist eine Einrichtung der Europäischen Union und hat 210 Mitarbeiter. Ihre Aufgabe besteht darin, zuverlässige und unabhängige Informationen über die Umwelt zur Verfügung zu stellen. Sie ist eine wichtige Informationsquelle für all jene, die mit der Entwicklung, Festlegung, Umsetzung und Bewertung der Umweltpolitik befasst sind, sowie für die allgemeine Öffentlichkeit. Die EUA hat gegenwärtig 32 Mitgliedsländer. Zum Thema Mobilfunk nimmt die EUA immer wieder kritische Stellung, u.a. mit zwei Frühwarnungen zur Krebsgefahr und dem Appell, kritische Wissenschaftler nicht zu unterdrücken. Ihr Mitarbeiter David Gee ist Mitautor des Bioinitiative Reports.



Die Erklärung der EUA vom 12. Oktober 2011:

Gesundheitsrisiken durch Handy Strahlung - warum Experten widersprechen

„Handys haben zahlreiche soziale, wirtschaftliche und auch ökologische Vorteile. Allerdings gibt es innerhalb der wissenschaftlichen Kreise erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber, ob mobile Handynutzung das Risiko von Kopftumoren ansteigen lässt. Wir empfehlen deshalb, dass sich die politischen Entscheidungsfindungen gemäß dem Vorsorgeprinzip ausrichten sollten. Obwohl unser Wissen darüber bislang noch unvollständig ist, bedeutete dies im umgekehrten Falle jedoch nicht, dass sich die politisch Verantwortlichen davon abhalten lassen dürfen, hierfür geeignete Präventionsmaßnahmen zu ergreifen.“

David Gee, Senior Chef der EUA für Wissenschaft, Politik und Risikoabschätzung

Mobiltelefone und andere digitale Geräte sind mittlerweile ein großer Teil des modernen Lebens - aber sind sie deshalb gefährlich? Bis zum Jahresende 2010 waren es geschätzte 3 bis 5 Milliarden Mobilfunkanschlüsse weltweit und sollte mobile Telefonie tatsächlich mit Tumorerkrankungen des Kopfes in Verbindung stehen, hätte dies dramatische Auswirkungen zur Folge. Wir wollen deshalb die wissenschaftlichen Unsicherheiten in diesem Bereich betrachten, und darauf eingehen, was dies für die Politik bedeutet.

Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC), eine weltweite Größe im Bereich von Krebserkrankungen, kam zu dem Schluss, dass die Strahlung von Mobiltelefonen einen möglichen Risikofaktor für Krebserkrankungen des Kopfes darstellt. Allerdings ist die wissenschaftliche Meinung hierzu sehr geteilt, da viele verschiedene Studien zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen kommen, die jedoch alle auf den gleichen Beweisen basieren.

Die Europäische Umweltagentur (EUA) empfiehlt den hierfür verantwortlichen Politikern, einen präventiven Lösungsansatz zu diesem Thema zu erarbeiten. Diese Haltung basiert sowohl auf der Auswertung vorliegender Erkenntnisse als auch den Lehren aus früheren Bedrohungsszenarien, die in der Abhandlung der EUA „Späte Lehren aus frühen Warnungen“ analysiert wurden. „Handys haben zahlreiche Vorteile im sozialen, wirtschaftlichen und sogar umweltbedingten Bereich, sagte David Gee, Senior Chef der EEA. Allerdings herrschen in wissenschaftlichen Kreisen erhebliche Unstimmigkeiten darüber, ob die Nutzung von Handys tatsächlich das Risiko von Kopf-Karzinomen erhöht. Wir empfehlen daher, dass sich die politischen Entscheidungen in diesem Falle am Vorsorgeprinzip ausrichten sollten. Obwohl unser Wissen darüber bislang immer noch unvollständig ist, sollte dieser Umstand nicht davon abhalten, dass politische Entscheidungsträger in dieser Hinsicht schon jetzt präventive Maßnahmen ergreifen.

Warum ist sich die Wissenschaft nicht einig?

Ein Grund, weshalb manche Wissenschaftler widersprechen, ist der bislang nicht verständlich nachvollziehbare Wirkungsmechanismus, durch den die Handystrahlung in der Lage ist, Krebs auslösen zu können. Jedoch könnte das Warten auf dieses Wissen noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen: die biologische Wirkungsweise von Tabakrauch im Zusammenhang mit Krebserkrankungen sind ebenfalls noch nicht gänzlich entschlüsselt, und das rd. 60 Jahre nach Publizierung der ersten Studien bzgl. Rauchen und Lungenkrebs.

Ein weiteres Spektrum an Ungewissheit stellen die Tierversuche dar, in denen die Wirkung elektromagnetischer Felder (EMF) von Mobiltelefonen auf Krebs untersucht wird. Einige Studien ergeben hierzu einen deutlichen Hinweis, andere jedoch erbringen hierfür nicht einmal den geringsten Verdacht. Doch selbst wenn sämtliche Tierversuche keinerlei Einflüsse erbringen würden, so bedeutete dies im umgekehrten Fall nicht zwingend eine Unbedenklichkeit für den Menschen, da die menschliche Reaktionsweise oftmals sehr unterschiedlich ist gegenüber in Tierversuchen erbrachten Reaktionsmechanismen.

So stellte sich der tierische Beweis für den Zusammenhang zwischen Rauchen und Lungenkrebs erst heraus, nachdem die Beweise dafür bereits beim Menschen erbracht worden waren. Menschliche Studien können in sich aus mehreren Gründen unstimmtig sein. Zum Beispiel kann jeder für die Entstehung von Gehirntumoren verantwortliche Effekt, welcher durch langfristige Benutzung von Handys entsteht, mehrere Jahre bis zu seiner Entstehung und Analyse benötigen, wobei die Mobiltelefone ihren weit verbreiteten Einsatz jedoch erst seit wenigen Jahrzehnten erfahren. Die Beweise, die eine Beziehung zwischen dem Rauchen oder

Asbest und Lungenkrebs herstellen, wurden erst 20 bis 25 Jahre später offensichtlich, nachdem die ersten Massenauswirkungen offensichtlich geworden waren.

Dennoch gibt es einige Beispiele für wissenschaftlich fundierte Forschungen, die bereits auf eine Gefährdung durch Mobiltelefone hinweisen. Da die EUA bereits des Öfteren darauf hingewiesen hat, sollten potenzielle frühe Warnungen wie diese nicht einfach ignoriert werden, gerade auch angesichts der schweren und irreversiblen Wirkungsweise jeglicher Krebsformen, sowie der großen Anzahl derer, die dieser Strahlungsart ausgesetzt sind, so z.B. die besonders gefährdete Gruppen der Kinder und Jugendlichen.

Das Vorsorgeprinzip

Da die Beweise für den Zusammenhang von Mobiltelefonen und Krebs ein sehr gemischtes Bild ergeben, empfiehlt die EUA die Anwendung des Vorsorgeprinzips, wie in der EU - Resolution festgehalten, um hierdurch mit den möglichen Risiken besser umgehen zu können. Es gibt hierfür allerdings keine klare rechtliche Definition des sogenannten Vorsorgeprinzips, sodass die EUA deshalb eine Art Arbeitsanleitung aufgesetzt hat:

„Das Vorsorgeprinzip garantiert einen Rückhalt bei öffentlichen Maßnahmen in Situationen wissenschaftlicher Komplexität, Unstimmigkeit und Unwissenheit, in denen es erforderlich und unabdingbar ist, möglicherweise schwerwiegende und unumkehrbare Bedrohungen für die Gesundheit und die Umwelt zu vermeiden, und hierbei die jeweils geeignete unterstützende wissenschaftliche Beweisführung anzuwenden, welche die Vor- und Nachteile der geplanten Aktivitäten berücksichtigt.“

Das Vorsorge-Konzept verlangt daher von uns, diesen Nachweis auf eine andere Art und Weise abzuwägen. Das ist nicht neu – bestimmte Gesellschaften sind es gewohnt, aus verschiedenen Motivationsgründen heraus ganz unterschiedliche Beweisstärken zu benutzen und hierbei in Kauf zu nehmen, dass diese sich möglicherweise als falsch erweisen. Zum Beispiel müssen Kriminelle, sofern darüber keinerlei Zweifel bestehen, erst schuldig gesprochen und im Anschluss verurteilt werden; verletzte Personen müssen bei Ausgleichszahlungen nur ein Gleichgewicht an Beweisen vorweisen, um eine Entschädigung für Fahrlässigkeit zu erstreiten, während die Ärzte nur leichte Anzeichen einer schweren Krankheit dazu benötigen, um eine geeignete Behandlungsmethode zu verordnen. Diese Art vorsorglicher Ansätze sind immer dann gerechtfertigt, wenn es zum derzeitigen Zeitpunkt nicht möglich ist, Ursächlichkeiten zweifelsfrei zu belegen.

Folgerungen für die politischen Entscheidungsträger und die Mobilfunk-Industrie

Wie durch die EUA im September 2007 bereits empfohlen wurde, könnten Bürger umfangreicher über die Risiken der Handy-Nutzung informiert werden. Es gibt bereits genügend Beweise für gesundheitliche Risiken, um den Menschen und insbesondere Kindern und Jugendlichen zu empfehlen, ihre Handys nicht unmittelbar an den Kopf zu halten: SMS oder Freisprechanlagen/Headsets ermöglichen durchschnittlich eine zehn Mal geringere Strahlenbelastung, als wenn das Handy direkt an den Kopf gepresst wird.

Mittels eines speziellen Aufklebers und im Einklang mit der Entscheidung der IARC könnten Regierungen generell die Nutzung von Mobiltelefonen als "möglicherweise krebserregend" einstufen. Darüber hinaus wäre ein deutliches

Mehr an unabhängiger Forschung erforderlich. Die Kosten dieser Maßnahmen sind relativ gering, im Gegensatz zu den hierbei entstehenden möglichen Kosten als Preis der Untätigkeit, die um ein Vielfaches höher liegen könnten.

Übersetzung Claudia Braun für Diagnose-Funk, IVUM e.V.

Originaltext:

[http://www.eea.europa.eu/highlights/health-risks-from-mobile-phone?](http://www.eea.europa.eu/highlights/health-risks-from-mobile-phone?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=MobilfunkSpots-Ausgabe-090)
[utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=MobilfunkSpots-Ausgabe-090](http://www.eea.europa.eu/highlights/health-risks-from-mobile-phone?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=MobilfunkSpots-Ausgabe-090)

Diagnose-Funk Pressemitteilung:

www.diagnose-funk.org/politik/behoerden-int/krebsgefahr-eua-mahnt-zur-vorsorgepolitik.php

Impressum:

Diagnose-Funk Schweiz
Giblenstrasse 3
CH - 8049 Zürich
kontakt@diagnose-funk.ch

Diagnose-Funk e.V.
Postfach 15 04 48
D - 70076 Stuttgart
kontakt@diagnose-funk.de